

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Bezugsräger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zögauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Mißmeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnorte 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Realarchiv 30 Goldpfennig, einfach. Umhängezettel, Schwärzblätter und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 117.

Dienstag, den 30. September 1930.

33. Jahrg.

Silauen bestreiten das Recht der Memel

Antwort von Dr. Curtius.

Der Völkerrundrat hat einstimmig beschlossen, die von der deutschen Regierung vorgeschlagene Memelbeschwerte auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung des Völkerrundrates zu setzen. Zum Berichterstatter wurde Hambro-Norwegen ernannt, der in der nächsten Woche dem Rat zu berichten hat. Der litauische Außenminister erklärte, daß nach dem Pariser Abkommen von 1924 die Memelländer kein Recht hätten, über die Verwaltung des Memelgebietes eine Beschwerte vor den Rat zu bringen. Litauen müsse feststellen, daß die Entschädigung des Völkerrechtsausschusses diese beiden Punkte nicht berücksichtige und seine deshalb keine Entschädigung ab. Diesem Will Litauen, nach Aussage des litauischen Außenministers, verhandeln, in späteren Fällen aber nicht mehr.
Reichsaußenminister Curtius stellte fest, daß aus der Erklärung des litauischen Außenministers von praktischer Bedeutung lediglich das Einverständnis sei, die Memelbeschwerte auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Ratstagung zu setzen. Er schloß sich ausdrücklich die Stellungnahme Litauens ab, in der das Recht der Memelländer bestritten wird, sich an Mitglieder des Völkerrundrates zu wenden. Den Angriff der litauischen Regierung gegen das Recht müsse er aufs nachdrücklichste zurückweisen.

Ein Verständigungsversuch.

Zwischen Curtius und dem litauischen Außenminister Zauinis hat im Anschluß an die Ratssitzung eine längere Unterredung stattgefunden, in der erneut die Forderung der beiden Hauptpunkte der Memelbeschwerte (parlamentarische Bildung des Memeldirektoriums und Entschädigung jeder Wahlbeeinträchtigung) aufgeworfen worden ist. In direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und der litauischen Regierung soll in den nächsten Tagen versucht werden, von der litauischen Regierung Garantien zu erhalten, durch die die Erfüllung der beiden deutschen Hauptforderungen sichergestellt werden soll.

Curtius und Beneš verhandeln.

Das Unterbietungsverfahren.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte am Montag eine einstündige Unterredung mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Beneš, die in erster Linie den letzten Irrtümern in Prag gewidmet hat. Über das Ergebnis der Unterredung werden von amtlicher Seite keinerlei Mitteilungen gemacht; jedoch kann abgenommen werden, daß Dr. Curtius im Laufe der Unterredung sehr nachdrücklich auf die unerwünschten Auswirkungen derartiger Zwischenfälle und die Notwendigkeit der Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse hingewiesen hat.
In Prag wurde eine Unterredung eingeleitet, die feststellen soll, wer die Schuld am Verhalten der Prager Polizei gegenüber den Demonstranten trägt. Einige höhere Polizeibeamte hatten sich geweigert, dem Wunsch des Polizeipräsidenten nach scharfen Mitteln zu entsprechen. Andererseits wird behauptet, der Innenminister habe dem Polizeipräsidenten die Weisung gegeben, den Demonstranten mit äußerster Milde entgegenzutreten.
In der Gründungsversammlung der tschechischen Liga für Menschenrechte wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die Ergebnisse richtet. In dem Antrag heißt es: „Die deutschen und die jüdischen Mitglieder in Prag haben ein unverbrüchliches Recht auf Sicherheit, Achtung und Gleichberechtigung. Diejenigen, die dieses Recht verletzen, vergrößern sich hinterhältig an der Demokratie der Tschechoslowakei, und es ist politische Demagogie niedriger Art, wenn sie ihre Treteln Patriotismus nennen.“

Die Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft.

Die Abneigung, die von den außereuropäischen Agrarländern gegen die Schutzmaßnahmen der europäischen Landwirtschaft während der Völkerrundversammlung zutage getreten ist, hat ihren Niederschlag in dem Bericht und der Entschädigung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Völkerrundversammlung gefunden. Der Ausschuss nahm einstimmig eine Entschließung an, in der von den Mitgliedern der Völkerrundversammlung Kenntnis genommen, jedoch abgelehnt wird, zu der Frage der Vorkaufsbehandlung der europäischen Agrarprodukte Stellung zu nehmen.
Die große Aussprache des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Völkerrundversammlung über den Vorkauf (Unterbietungs-) Frage ist mit der Annahme einer Entschließung abgeschlossen worden, die auf deutschen Antrag hin eine weitestgehende Abschmähung des ursprünglichen

Entwurfs darstellt. In der nunmehr angenommenen Entschädigung heißt es jedoch deutlich, daß die Völkerrundversammlung die schweren wirtschaftlichen Folgen der verschiedenen Dumpingmethoden feststellt und den Wunsch ausspricht, daß im Rahmen der im Genfer Handelsabkommen beschlossenen künftigen wirtschaftlichen Verständigungsverhandlungen ein gemeinsames Vorgehen gegen jede Art von Unterbietung gefordert werden soll. Das Gesuch auf deutsche Anregung.

Haarspaltereien.

Zwei Wochen hat die Regierung gebraucht, um ihre Vorlagen für den Reichstag fertigzustellen, und wieder zwei Wochen bleiben ihr für die vielleicht noch schwierigere Arbeit, eine parlamentarische Basis im Reichstag hierfür zu schaffen. Dem die Vorlagen sollen und wollen ja nicht nur eingebracht, sondern auch durchgesetzt werden. In den nächsten vierzehn Tagen wird der Reichsanwalt ja die Ansichten der Fraktionen über die Gegenentwürfe erfahren und — berücksichtigen müssen, wenn er sich nicht einer oppositionellen Wehrheit gegenüber sehen will. Aber das Kabinett Brüning will mindestens so lange am Ruder bleiben, als ein offenes Mißtrauensvotum des Reichstages nicht vorliegt. Insofern ist bei diesem Ringen um die parlamentarische Wehrheitsbildung ein latente Vorzeichen, als irgendwelche festen Gegenentwürfe bisher von keiner Partei ausgearbeitet sind, bei einem an sich ja durchaus nicht unmöglichen Sturz der Regierung Brüning also auch erst ein neues Programm aufgestellt werden müßte. Nun sind aber die Wahlfeststellungen im Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit zu bilden, ganz außerordentlich beschwerlich, so sehr, daß immer wieder das Gerücht von einer — Reichstagsauflösung auftaucht. Daß die Regierung sich bisher um die Wehrheitsbildung nicht oder kaum bekümmert, daß also, was man als „parlamentarische Lage“ bezeichnet, bisher ganz ungeändert ist und bleibt, hat auch viel dazu beigetragen, daß die parteipolitischen Kassenstücke eifrig in Bewegung gesetzt wurden.

Insofern auch erzählt die latente Lage für das Kabinett Brüning eine Stärkung, als die finanziellen und sonstigen Reformvorschläge nur leiser allseits von dem Ernst der Gegenwart überschattet werden. Es ist einfach keine Zeit mehr für das Einlegen oder Einschalten parteipolitischer Eigenheiten. Erst nach dieser Richtung hin irgendeine zu binden, hat auch das Kabinett im großen und ganzen vermieden trotz aller Anspannungen, an denen es wirklich nicht fehlt. Gewiß trägt ein Wahlsieg nicht dazu bei, in einem nengebildeten Parlament Parteien leichter zu einer Arbeitsmehrheit zusammenzuführen; selbst recht laut gefagte Parteiforderungen bedeuten insofern nichts, wenn nicht das letzte Wort.

Die Fraktionen des neuen Reichstages sehen also unter dem mehr als nur moralischen Druck der Notwendigkeit, sehr bald sagen zu müssen, wie sie sich sachlich zu dem Regierungsprogramm stellen. Parteipolitische Koalitionswünsche entgegenzunehmen hat sich die Regierung schon bald nach den Neuwahlen gelehrt. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß nun unbedingtheit bleiben wird, was als Volkswillen am 14. September zum Ausdruck gekommen ist. Dazu gehört der Versuch, mehrere reaktionärpolitischen Verpflichtungen aus allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Gründen einer Diskussion entgegenzuführen, wie es der Reichsaußenminister schon wenige Tage nach der Wahl angedeutet hat. Aber drängender noch sind die innenpolitischen Aufgaben, vor allem die eine, im Haushalt des Reiches die Ausgaben den gestuften Einnahmen anzupassen. Hierbei darf selbstverständlich die zu einem früheren Gebrauch gewordene Fraktionstaktik nicht das große Wort führen wollen. Es ist einfach keine Zeit dafür. Die bekannten Vorkommnisse der letzten Tage haben auch gezeigt, daß man im Ausland mit einer gewissen Spannung auf die politische Weiterentwicklung Deutschlands sieht — und von der Beurteilung des Auslandes sind wir ja namentlich kreditpolitisch nur allzuher abhängig. Dazu kommen die Gefahren, die wirtschaftlich das Herannahen des Winteres erfahrungsgemäß in sich birgt, und die weit größer sind als je zuvor. Wenn dann vielleicht nicht mehr drei, sondern vier oder noch mehr Millionen Menschen erwerbslos auf der Straße liegen, dann dürfte man im deutschen Volke recht wenig für parteipolitische Haarspaltereien übrighaben. Nur darauf programmatisch und zeitlos den gebeterischen Forderungen des Heut und Morgen entspricht.

Und ein solches Programm der Ausgabenbeschränkung wird sich nicht mit Halbheiten begnügen dürfen. Fast

ein Jahr schon ist es her, daß eine umfassende Finanzreform angeht wurde; sie ist bisher ausgeblieben. Was geschieht ist, was geschaffen wurde, waren nur Maßnahmen, vom Jang der Stunde bittend. Hi hat die Regierung Brüning im Wahlkampf zugeagt, dem neuen Reichstag eine wirkliche Reform vorzulegen zu wollen... Das sollte nun auch geschehen. Von einem „Programm der Sachlichkeit“ hat ein Minister vor vierzehn Tagen gesprochen und hat namens des Kabinetts damit auch etwas verprochen. Vom Reichstag ebenso wie von der Sachlichkeit der Regierung wird es abhängen, ob dieses Versprechen nun auch zur Wirklichkeit wird.

Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses.

Substantielles Ergebnis.

Unter Vorsitz des Reichswahlleiters, Geheimrats Bagemann, fand eine Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses statt, um das endgültige Ergebnis der Reichswahlprüfung festzusetzen. Nachdem aus den Wahlfeststellungen die amtlichen Ergebnisse vorliegen, besteht die Aufgabe des Reichswahlprüfungsausschusses lediglich noch darin, die Berechnung der Bestimmungen für die Reichswahlprüfung vorzunehmen. Die Berechnung, deren Ergebnis schon bekannt ist, wurde vom Reichswahlprüfungsausschuss genehmigt.

Wahlberechtigung 82 Prozent.

Am übrigen bleibt aus dem amtlichen Ergebnis noch festzustellen, daß die Wahlberechtigung 82 Prozent betragen hat. Insgesamt sind 34 956 728 gültige Stimmen abgegeben worden, ferner 267 741 ungültige. Der neue Reichstag besteht demnach aus 577 Abgeordneten. Die Abgeordneten Lorenz und Dittmann wandten sich gegen die Art der Berechnung der Bestimmungen bei dem gemeinsamen Reichswahlprüfungsausschuss der Reichswahlprüfung und der Landesparlamentarier. Präsident Bagemann stellte fest, daß es sich hier um eine Zude im Wahlgesetz handele, das kein direktes Verbot eines solchen Vorgehens enthält.

Volksstumpfsiege an der Nordgrenze.

Einweihung des Deutschen Hauses in Hensburg.
In Hensburg wurde im Beisein des Ministerpräsidenten Fiedle als Vertreter der Reichsregierung, des Oberpräsidenten Körbis und des Regierungspräsidenten Wegge das Deutsche Haus eingeweiht. Oberbürgermeister Dr. Zoben führte in seiner Festansprache aus: Der Zusammenbruch unseres Volkes habe besondere Gefahren in den Grenzgebieten gebracht. Daß das Deutschstumpfsiegelein in Zeiten großer nationaler Entschädigungen mächtig emporkomme, habe man beim Abstimmungsstumpfsiege gesehen. Die Gefahr der Abdrückung deutscher Volksstiege sei geboten. Darum sei es geboten, gerade in den Grenzgebieten durch verstärkte planmäßige Pflege das Volkstum zu stärken. Diejem Zwecke solle auch das Deutsche Haus dienen.

Brotverkauf nach festem Gewicht.

Polizeiverordnungen in Sicht.

Nachdem es sich herausgestellt hat, daß trotz des im Artikel 11 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Verwaltung von Zulassungswesen angeordneten Handels mit Brot nach festem Gewicht das Brot wie bisher nicht nach festem Gewicht verkauft wird, hat der preussische Landwirtschaftsminister die Preispolizeibehörden angehalten, Polizeiverordnungen zu erlassen, durch die angeordnet wird, daß Brot im Gewicht über 250 Gramm nur nach festem Gewicht verkauft werden darf.

Schobers Pläne.

Der Bundeskanzler wird wieder Wiener Polizeipräsident.
Von einer dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Schöber nahe stehenden Seite wird berichtet, daß sich Dr. Schöber zunächst auf einen kurzen Erholungsurlaub begeben und dann wieder sein Amt als Polizeipräsident übernehmen werde. Es sei richtig, daß ihm eine ganze Reihe von Auforderungen zugegangen ist, sich aktiv im politischen Leben zu betätigen. Dr. Schöber werde jedoch wieder ein Mandat übernehmen noch sonst irgendwelche politische Tätigkeit entfalten.

Das Ereignis dieser Woche!

Ludwig Ganghofer's bester Roman verfilmt.

Ein Film von bleib. Eindruck!

Voranzeige
Lichtspielhaus Neue Welt

Das Schweigen im Walde

In der Hauptrolle:
Wilhelm Dieterle

Achtung! Achtung!

Habe i. meiner Herrenabteilung die Vertretung
der Original-Mey-Kragen
mit übernommen.

Wählen Sie den **Mey-Kragen** mit
seinem Wäschstoff, er ist der Richtige.
Sie werden von dem billigen Preis
überzeugt sein, bedenken Sie aber folgendes:
der **Mey-Kragen** ist kein Dauerkragen,
ist nicht abwaschbar und wird auch nicht
gewaschen, sondern fortgeworfen wenn
er unauber ist. Er erspart die Sorge um
die Blättwäsche und bietet immer den Reiz
eines neuen Kragens. Der Preis einer
Original-Schachtel mit zwölf Mey-Kragen
beträgt 2.80 Mk.

Der **Mey-Kragen** mit seinem Wäschstoff
ist der ideale Herren-Kragen.

Ernt' Reichte, Aderstr. 16.

Auto- und Motorrad-Reparaturen!

Auto- und Motorrad-Ersatzteile
Auto- und Motorrad-Laufdecken
und Luftschläuche

Fahrrad- u. Nähmaschinen-
Reparaturen
Fahrrad- u. Nähmaschinen-
Ersatzteile

Autogenschweißerei- u. Drehbankarbeiten.

Fritz Rödler

Autoführerschein - Fahrkurse
Fahrkurse. Fernruf 253.

„Königin der Mode 1930“

Asta Offermann führt in **Wittenberg**
mit anderen preisgekrönten Mannequins zur

Herbst-Modenschau

in **Balters großem Saal** vor.
Montag, 6. Okt., nachm. 1/4 Uhr, abd. 8 Uhr
**J.G. Schneider, Markt Ecke Juristen-
straße** Fernruf 3115.
Fa. **M. Böttcher**, Collegienstraße, zeigt H ü t e
Bühnenausrüstung: **Gebr. Lauter**
Preise der Plätze: Numm. 1-30, Saal u. Balkon 1.-
Karten gelten beim Einkauf von 25 RM. als Gutschein

Anlässlich unserer Vermählung
sagen wir allen unseren Freunden
die uns so überreich bedacht
haben unseren herzlichsten Dank

Hermann Wiewicke u. Frau

Annaburg, am 27. Septbr. 1930

Nachdem wir unseren lieben, unergötlichen
Sohn und Bruder

Hermann

zu seiner letzten Ruhestätte gebracht haben,
drängt es uns, allen lieben Freunden und Be-
kannnten für die vielen Kranz- und Geldspenden,
sowie das ehrende Grabgesetz recht innig zu
danken. Aufrichtigen Dank Herrn Dr. Schilke
nebst Frau Gemahlin, Herrn Dr. Springer,
sowie den Herren Kempe und Kaiser und
Schwester Elisabeth für die erste Hilfe, die
unserem lieben Toten zuteil wurde. Derartigen
Dank auch Herrn Lehrer Bümmichen, sowie
seiner Mitschülern, den freiwilligen Trägern
und Herrn Barrer Schrodt für seine zu Herzen
gehenden Trostsworte am Grabe.
Sie aber, lieber Herrmann, der Du so früh
von uns gegangen bist, ruhen mit trauernden
Herzens ein „Ruhe sanft!“ in Deine kühle
Gruft nach.

Die tieftrauernde Familie
Willi Brösigen und Verwandte.

Annaburg, den 29. September 1930.

Achtung! Ausnahme-Tage

Bitte beachten Sie mein Schaufenster
Richard Selbmann (Inh. E. Grunert)

Stets frisch:

Portland-Zement
Ba. Gips
Rohrgewebe
Schlemmfreie
Defillierter Feer
Karbolineum
Klebebanne
Dachpappe
Fahrbauwolle
Geldschläger Kalf
Nägels, Farben
Eisenhämmer
Zunderhaken
Schweineböge
Zerletröge
Krippenschalen
Manierleine
Klinker, Kalksteine
Zedernleiste
Hobelblechen
(Spezialität)

Schneerleisen
Fischerbretter
aller Art
Schalbretter
Schwarten f. Säune
und Holzfülle
Bogenbretter
Bollen, Katten
Balken, Kantholz
Fußbodenlager
Drummenrobre
Wasserpfähle
Zannpfähle
Drübröge
eich. Aderwalzen
Treppen (Spezial-
ität), sowie
alle vorkommen-
den Bau- und
Küchhölzer
empfehl

Wilhelm Kunze

Uspulun, wirksamste Nagbeize
Raupenleimpapier
Raupenleim, äußerst widerstandsfähig
Solber, zur Bekämpfung pilzlicher und
tierischer Schädlinge in Obst- und
Gartenbau
Aphidon, gegen Blutsaug, Blattläus
und andere Insekten
Rosprakt, Spritzmittel zur gleichzeitigen
Bekämpfung von Schädlingen
J. G. Fritzsche

Polizeiliche An- und Abmeldescheine
und vorrätig in der Buchdruckerei **S. Steinbeiß.**

Was die Dame im Herbst trägt

zeigt ihnen mein reichhaltiges Lager

Kleidsame Herbstmäntel

aus Stoffen englischer Art
aus Velour in sich gemustert
aus Ottomane u. Charmelaine

Kleider

eins schöner
als das andere

aus neuen modernen Stoffen,
wie sie die Mode bevorzugt,
schön garniert — — — kurz,
Kleider die jedem gefallen!

Die Mäntel sind entzückend
gearbeitet, gefüttert und
ungefütert, teils mit,
teils ohne Pelzbesatz. Die
Preise — — nun diese er-
staunlich billigen Preise
müssen Sie selbst sehen! —

Flotte preiswerte
Straßenkleider
Tanz- und Gesell-
schaftskleider
Frauenkleider

Carl Quehl

Redaktion, Druck und Verlag von Herrn Steinbeiß Annaburg



Heute frische
Bücklinge
J. G. Fritzsche.

Speise- kartoffeln

Odenwälder blaue 2 Mk.
Indultrie 2,25 Mk.
liefert jede Menge
F. Buggisch,
Gut Annaburg.

Bestellungen auf
Britetts
werden entgegengenommen
J. G. Fritzsche.

Ihre Arbeitskraft
wächst, wenn Sie in
der trockenen Luft
geheizter Arbeits-
räume die bewährten
"Kaiser's Brust-Ca-
ramellen" gebrauch-
en. Über 15000
beglaub. Zeugnisse
sprechen für die großen
Erfolge. Weisen
Sie Nachahmungen
zurück u. verlangen
Sie stets die echten



Zu haben bei:
Apothek A. Schmorde
Drogerie Otto Schwarz
Theobald Schunke,
Otto Riemann's MI.
und wo Plakate sichtbar

Zum Waschtage

Prima Kernseife 1000 gr. Kiegel nur **88** pf.
Prima Kernseife 500 gr. Kiegel nur **45** pf.
Prima Kernseife Handstück 200 gr. **20** pf.
Pa. Schmierseife gekörnt Pfund **46** pf.
Washpulver mit Seifensch. 250 gr. P. **40** pf.
Scheuertücher groß und fest Stück **45** pf.
Hamburger Kaffeelager
Bernhard Riemann
Thams & Garfs Niederlage Annaburg

Neu eingetroffen:

Damen-Wintermäntel
in Velour, Ottomane, Charmelaine
mit und ohne Pelzbesatz

Akleiderstoffe in Wolle und Halbwole
Modern gemust. Waschjamte.
Gebast. Schimmeyer

Handwagen

in laubterer, dauerhafter Ausführung in allen Größen.
Ersatzteile und **Räder** stets vorrätig.
Solide Preise!

Zentrifugen :- Butter-Maschinen
Fahrräder, Motorräder, Ersatzteile.
Reparaturen aller Art.

Wilhelm Grahl.

Donnerstag empfehle:

frische Seefische

in starrer Eispackung
J. G. Fritzsche.

Zum Verschließen Ihrer Einmachgläser
Cellulose-Einmachpapier
und Galtichl - Pergament

(Schützt Eingemachtes vor
dem Verderben) empfiehlt

Herm. Steinbeiß.

Gebrauchter, transportabler
Ofen
(Kachel oder Eisen)
zu kaufen gesucht
Angeb. a. d. Geschäftsfelle
Weiß, rote und gelbe
Kartoffeln
hat abzugeben
Böttcher
Gut Raasdorf

la Salzheringe
schöne weiße Ware
◆ **Sardellen** ◆
Fett-Büchlinge
stets frisch, empfiehlt
M. Selle, Markt 1
Garantol,
bestes Eierkonservierungs-
Mittel, zu haben bei
J. G. Fritzsche.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nach 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Bezugsräger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zogauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnorte 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Zeitl. 10 Goldpfennig, im Restamt 30 Goldpfennig, einzeln, unregelmäßig, Schwärzger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 6 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 117.

Dienstag, den 30. September 1930.

33. Jahrg.

Sitauen bestreitet das Recht der Memel

Antwort von Dr. Curtius.

Der Völkerrundrat hat einstimmig beschlossen, die von der deutschen Regierung vorgeschlagene Memelbeschwörung auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung des Völkerrundrates zu setzen. Zum Berichterstatter wurde Hambro-Norwegen ernannt, der in der nächsten Woche dem Rat zu berichten hat. Der litauische Außenminister erklärte, daß nach dem Pariser Abkommen von 1924 die Memelländer kein Recht hätten, über die Verwaltung des Memelgebietes eine Beschwörung vor den Rat zu bringen. Litauen müsse feststellen, daß die Entstehung des Völkerrechts durch diese beiden Punkte nicht herbeigeführt werden könne und seine Entscheidung abgeben. Diesmal will Litauen, nach Aussage des litauischen Außenministers, verhandeln, in späteren Fällen aber nicht. Reichsaussenminister Curtius stellte fest, daß aus der Erklärung des litauischen Außenministers von praktischer Bedeutung lediglich das Einverständnis sei, die Memelbeschwörung auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung zu setzen. Er lehnte sodann ausdrücklich die Stellungnahme Litauens ab, in der das Recht der Memelländer bestritten wird, sich an Mitglieder des Völkerrundrates zu wenden. Den Angriff der litauischen Regierung gegen das Recht müsse er aufs nachdrücklichste zurückweisen.

Ein Verständigungsversuch.

Zwischen Curtius und dem litauischen Außenminister Zauinis hat im Anschluß an die Ratssitzung eine längere Unterredung stattgefunden, in der erneut die Forderung der beiden Hauptpunkte der Memelbeschwörung (parlamentarische Bildung des Memel-Rektorats und Entfallung jeder Wahlrechtsklausur) aufgeworfen worden ist. In direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und der litauischen Regierung soll in der nächsten Tagung versucht werden, von der litauischen Regierung Garantien zu erhalten, durch die die Erfüllung der beiden deutschen Hauptforderungen sichergestellt werden soll.

Curtius und Benesch verhandeln.

Das Unterbreitungsverfahren.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hatte am Montag eine einstündige Unterredung mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benesch, die in erster Linie den letzten Anträgen in Prag gewidmet hat. Über das Ergebnis der Unterredung werden von amtlicher Seite keinerlei Mitteilungen gemacht, jedoch kann abgenommen werden, daß Dr. Curtius im Laufe der Unterredung sehr nachdrücklich auf die unerwünschten Auswirkungen derartiger Zwischenfälle und die Notwendigkeit der Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse hingewiesen hat.

In Prag wurde eine Untersuchung eingeleitet, die feststellen soll, wer die Schuld am Verhalten der Prager Polizei gegenüber den Demonstranten trägt. Einige höhere Polizeibeamte hatten sich geweigert, dem Wunsch des Polizeipräsidenten nach scharfen Maßnahmen zu entsprechen. Andererseits wird behauptet, der Innenminister habe dem Polizeipräsidenten die Befehle gegeben, den Demonstranten mit äußerster Wildheit entgegenzutreten.

In der Gründungsversammlung der tschechoslowakischen Liga für Menschenrechte wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die Gesetze richtet. In dem Antrag heißt es: „Die Deutschen und die jüdischen Mitbürger in Prag haben ein unveräußerliches Recht auf Sicherheit, Achtung und Gleichberechtigung. Diejenigen, die dieses Recht verletzen, vergrößern sich hinterhältig an der Demokratie der Tschechoslowakei, und es ist politische Demagogie niedriger Art, wenn sie ihre Tölpel-Patriotismus nennen.“

Die Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft.

Die Abneigung, die von der außer-europäischen Agrarstaaten gegen die Schutzmaßnahmen der europäischen Landwirtschaft während der Völkerrundratsversammlung zu Tage getreten ist, hat ihren Niederschlag in dem Bericht und der Entschließung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Völkerrundratsversammlung gefunden. Der Ausschuss nahm einstimmig eine Entschließung an, in der von den Verantwortlichen der Warschauer Agrarunion Kenntnis genommen, jedoch abgelehnt wird, zu der Frage der Vorkaufsbehandlung der europäischen Agrarprodukte Stellung zu nehmen.

Die große Aussprache des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Völkerrundratsversammlung über die Dumping-(Unterbreitungs-)frage ist mit der Annahme einer Entschließung abgeschlossen worden, die auf deutschen Antrag hin eine weitestgehende Abschaffung des ursprünglichen

Entwurfs darstellt. In der nunmehr angenommenen Entschließung ist es jedoch lebhaft, daß die Völkerrundratsversammlung die schweren wirtschaftlichen Folgen der verschiedenen Dumpingmethoden feststellt und den Wunsch ausspricht, daß im Rahmen der im Genfer Handelsabkommen beschlossenen künftigen wirtschaftlichen Verhandlungsverhandlungen ein gemeinsames Vorgehen gegen jede Art von Unterbreitung getätigt werden soll. Das geschah auf deutsche Anregung.

Haarspaltereien.

Zwei Wochen hat die Regierung gebraucht, um ihre Vorlagen für den Reichstag fertigzustellen, und wieder zwei Wochen bleiben ihr für die vielleicht noch schwerere Arbeit, eine parlamentarische Basis im Reichstag hierfür zu schaffen. Denn die Vorlagen sollen und wollen ja nicht nur eingebracht, sondern auch durchgesetzt werden. In den nächsten vierzehn Tagen wird der Reichsanwalt für die Ursachen der Fraktionen über die Gegenwürfe erfahren und — berichtigenden Müssen, wenn er sich nicht einer oppositionellen Mehrheit gegenüber sehen will. Aber das Kabinett-Brünnchen soll wenigstens so lange am Feuer bleiben, als ein offenes Mißtrauensvotum des Reichstages nicht vorliegt. Insofern ist bei diesen Dingen um die parlamentarische Mehrheitsbildung ein tatsächlicher Vorteil, als irgendwelche festen Gegenwürfe bisher von seiner Partei ausgearbeitet sind, bei einem an sich ja durchaus nicht unmöglichen Sturz der Regierung Brünnchen also auch erst ein neues Programm aufgestellt werden müßte. Nun sind aber die Möglichkeiten, im Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit zu bilden, ganz außerordentlich beschränkt, so sehr, daß immer wieder das Gerücht von einer — Reichstagsauflösung auftaucht. Daß die Regierung sich bisher um die Mehrheitsbildung nicht oder kaum bemüht, daß also, was man als „parlamentarische Lage“ bezeichnet, bisher ganz ungewiß ist und bleibt, hat auch viel dazu beigetragen, daß die parteipolitischen Reihenfolge eifrig in Bewegung gesetzt wurden.

Insofern auch erfüllt die tatsächliche Lage für das Kabinett-Brünnchen eine Stütze, als die finanziellen und sonstigen Reformvorläufe nur leiser allseits von dem Ernst der Gegenwart überschattet werden. Es ist einfach fest zu machen, für das Kabinett oder die Fraktionen pa-

colorchecker CLASSIC



Die Unterredung zwischen Curtius und Benesch hat im wesentlichen die gleiche Richtung genommen, wie die Unterredung zwischen Curtius und Benesch in Prag. In beiden Fällen geht es um die Frage der Unterbreitung, die in der ersten Unterredung in Prag im Zusammenhang mit dem Antrag der tschechoslowakischen Liga für Menschenrechte aufgeworfen wurde. In der zweiten Unterredung in Prag geht es um die Frage der Unterbreitung, die in der ersten Unterredung in Prag im Zusammenhang mit dem Antrag der tschechoslowakischen Liga für Menschenrechte aufgeworfen wurde.

Und ein solches Programm der Ausgabeneinschränkung wird sich nicht mit Halbheiten begnügen dürfen. Kraft

ein Jahr schon ist es her, daß eine umfassende Finanzreform angeht wurde; sie ist bisher ausgeblieben. Was geschehen ist, was geschaffen wurde, waren nur Maßnahmen, vom Zwang der Stunde diktiert. Oft hat die Regierung Brünnchen im Wahlkampf zugehört, dem neuen Reichstag eine wirkliche Reform vorzuschlagen zu wollen... Das sollte nun auch geschehen. Von einem „Programm der Sachlichkeit“ hat ein Minister vor vierzehn Tagen gesprochen und hat namens des Kabinetts damit auch etwas verprochen. Vom Reichstag ebenso wie von der Sachlichkeit der Regierung wird es abhängen, ob dieses Versprechen nun auch zur Wirklichkeit wird.

Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses.

Ergebnisse des Reichswahlprüfungsausschusses.

Unter Vorsitz des Reichswahlprüfungsausschusses, Geheimrat Bagemann, fand eine Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses statt, um das endgültige Ergebnis der Reichswahlprüfung festzustellen. Nachdem aus den Wahlfreien die amtlichen Ergebnisse vorliegen, besteht die Aufgabe des Reichswahlprüfungsausschusses lediglich noch darin, die Berechnung der Reichswahlprüfung für die Reichswahlprüfung vorzunehmen. Die Berechnung, deren Ergebnis schon bekannt ist, wurde dem Reichswahlprüfungsausschuss genehmigt.

Wahlprüfung 28 Prozent.

Am 28. September ist das amtliche Ergebnis noch festzustellen, daß die Wahlprüfung 28 Prozent betragen hat. Insgesamt sind 34 956 728 gültige Stimmen abgegeben worden, ferner 267 741 ungültige. Der neue Reichstag besteht bekanntlich aus 577 Abgeordneten. Die Abgeordneten aus der Reichstagswahlprüfung sind gegen die Art der Berechnung der Reichswahlprüfung bei dem gemeinsamen Reichswahlprüfungsausschuss der Reichstagswahlprüfung und der Reichstagswahlprüfung. Präsident Bagemann stellte fest, daß es sich hier um eine Frage im Zusammenhang handele, das kein direktes Verbot eines solchen Zusammengehens erhalte.

Volksstumpflüge an der Nordgrenze.

Einweihung des Deutschen Hauses in Helsingborg. In Helsingborg wurde im Beisein des Ministerpräsidenten Lunde als Vertreter der Reichsregierung, des Oberpräsidenten von Schweden und des Regierungspräsidenten von Dänemark ein Haus eingeweiht. Oberbürgermeister Dr. Lunde führte in seiner Festansprache aus: Der Zusammenbruch unseres Volkes habe besondere Gefahren in den Grenzgebieten gebracht. Daß das Volkstumswesen in Zeiten großer nationaler Entscheidungen mächtig emporkomme, habe man beim Abstammungstempel gesehen. Die Gefahr der Abdrückung deutscher Volksstämme sei geboten. Darum sei es geboten, gerade in den Grenzgebieten durch verstärkte planmäßige Pflege das Volkstum zu stärken. Diesem Zwecke solle auch das Deutsche Haus dienen.

Brotverkauf nach festem Gewicht.

Polizeiverordnungen in Sicht.

Während es sich herausgestellt hat, daß trotz des im Artikel III des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Vermarktung von Zulaufweizen angeordneten Handels mit Brot nach festem Gewicht das Brot wie bisher nicht nach festem Gewicht verkauft wird, hat der preussische Landwirtschaftsminister die Preispolizeibehörden angehalten, Polizeiverordnungen zu erlassen, durch die angeordnet wird, daß Brot im Gewicht über 250 Gramm nur nach festem Gewicht verkauft werden darf.

Schobers Pläne.

Der Bundeskanzler wird wieder Wiener Polizeipräsident.

Von einer dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Schöber nahe stehenden Seite wird berichtet, daß sich Dr. Schöber zunächst auf einen kurzen Erholungsurlaub begeben und dann wieder sein Amt als Polizeipräsident übernehmen werde. Es sei richtig, daß ihm eine ganze Reihe von Anforderungen zugegangen ist, sich aktiv im politischen Leben zu betätigen. Dr. Schöber werde jedoch wieder ein Mandat übernehmen noch sonst irgendwelche politische Tätigkeit entfalten.